

"Verraten und Verkauft"

Das deutsche Bienenmonitoring

Die Überschrift dieses Beitrags klingt natürlich sehr reißerisch! Wie kann ein Projekt, an dem so viele hoch angesehene Institute und Behörden beteiligt sind, so ein hartes Urteil verdienen?

Nach nunmehr 2 Jahren Mitarbeit ist der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund kurz davor sich vom Projekt Bienenmonitoring zu verabschieden. Ausschlaggebend dafür ist, dass trotz wiederholter Anläufe des DBIB es von der Industrie abgelehnt wird, die Untersuchungen in gleichwertigem Umfang auf die Pflanzenschutzmittel auszudehnen.

Nachdem einige Imkervertreter Verwunderung über dieses Vorgehen geäußert hatten, wurde die Sache dadurch gelöst, daß die Firma Bayer selbst einige Laboruntersuchungen vornahm – alles ohne Befund.

Im zweiten Jahr verzichtete man dann ganz auf Untersuchungen in dieser Richtung, weil die Untersuchungen zu teuer seien. Man hat stattdessen beschlossen die Proben einzufrieren und diese erst nach Bedarf auf Pflanzenschutzmittelrückstände zu untersuchen.

Damit war dieses Thema erst mal auf Eis gelegt. Stattdessen wurde im Projekthaushalt viel Geld für alle möglichen Untersuchungen auf verschiedene Bienenkrankheiten und Ähnliches eingestellt.

Einen Haushaltsposten für unabhängige Laboruntersuchungen auf Pflanzenschutzmittel gab es damit erst gar nicht!

Auch hat man sich nicht die Arbeit gemacht, zu recherchieren, welche PSM (Pflanzenschutzmittel) in der näheren Umgebung der Bienenvölker eingesetzt wurden. Somit ist es ein leichtes zu sagen, dass es nicht möglich ist zielgerichtet auf bestimmte PSM hin zu untersuchen.

Und so konnte man sich getrost auf den wichtigsten Teil des Projektes stürzen: die **Pressearbeit**.

Dort wurde wirklich gründliche Arbeit geleistet. Dort wurde nichts auf Eis gelegt. Die Türen der Bundespressekonferenz standen plötzlich offen.

Der Blätterwald rauschte.

Vorträge wurden gehalten. Der Deutschlandfunk berichtete schon während die Projektmitglieder noch tagten. Im Beitrag des Deutschlandfunks wurde sogar erzählt, dass das Monitoring gezeigt hätte, daß die Gentechnik keine Gefahr für die Imkerei sei. Dabei war dies überhaupt nicht Gegenstand der Untersuchungen.

Aber wenn man Geld in die Hand nimmt, um Ruhe an der Imkerfront zu bekommen, dann muss man natürlich versuchen den PR-Gewinn zu maximieren.

Wir haben versucht einen Mitschnitt der Sendung zu bekommen.

Der Deutschlandfunk behauptet er habe keinen, weil die Sendung extern im Auftrag des Bauernverbandes produziert worden sei. Beim Bauernverband behauptet man davon nichts zu wissen.

Der Mitschnitt ist bis heute verschollen!

Der DBIB hat am so genannten „Runden Tisch“ am 9. November nochmals seine Kritik-Punkte vorgebracht. Das Resultat war, dass diese in dem von Deutschen Bauernverband erstellten Protokoll nicht einmal erwähnt wurden.

Was man nicht haben will wird einfach tot geschwiegen.

All das hat unseren Argwohn ge-

schürt und es liegt der Verdacht nahe, dass das Bienenmonitoring nur dem Ziel dient, die Imker ruhig zu stellen und der Industrie Zeit zu schaffen um weiterhin ungestört die Pflanzenschutzmittel die in der Kritik stehen, ausbringen zu können.

Und Gründe dafür gibt es genug.

Was die Industrie anbelangt so darf man erwarten, dass keine Gelder ausgegeben werden, die nicht in mittelbarer oder unmittelbarer Weise zum Gewinn des Unternehmens beitragen. Das Aktienrecht verbietet Konzernen ausdrücklich uneigennütziges Wohltätigkeit. Die Aktionäre könnten in so einem Fall den Vorstand wegen Zweckentfremdung der Mittel verklagen. Aber mit der Finanzierung dieses Projektes herrscht für die Dauer des Projekts Ruhe an der Front. Jegliches Ansinnen, bienengefährliche Wirkstoffe so wie in Frankreich zu behandeln, kann mit dem Hinweis auf die laufenden Untersuchungen auf die lange Bank geschoben werden. Das sichert Millionenumsätze über Jahre. Da darf man ruhig schon mal in die Portokasse greifen.

Vor diesem Hintergrund wundert es auch nicht, wie durchsichtig das Ganze ist, wenn der Vertreter der Industrie die Presseerklärung für den runden Tisch bereits vor der Sitzung auf seinem Laptop vorbereitet hat und diese Presseerklärung eine Generalabsolution für die Geldgeber darstellt, viele andere mögliche Ursachen anführt, auf sehr gute Honigerträge in diesem Jahr verweist, ohne auch nur mit einem Wort die am „Runden

Tisch“ geäußerten Bedenken der Imkervertreter zu erwähnen.

Beim Thema der neuen Wirkstoffe bei der Beizung von Rapssaatgut wurde ein weiteres Ziel des Runden Tisches klar.

Der Vertreter von Syngenta erregte sich sehr darüber, dass Imker in der Frage der fehlenden Zulassung von ELADO direkt bei verschiedenen Behörden aktiv geworden sind. Man müsse solche Sachen am „Runden Tisch“ klären. Sonst könne er in seiner Firma die Zurverfügungstellung der Mittel für das Monitoringprojekt nicht mehr rechtfertigen.

Was die Bieneninstitute anbelangt, stellt sich die Frage warum dort alles kritiklos hingenommen wird? Für die Institute bedeutet das Bienenmonitoring erst einmal, dass zusätzliche Gelder zur Verfügung stehen.

Natürlich ist der Verdacht, es handle sich bei diesem Projekt um eine rein industriefinanzierte Gefälligkeitsstudie, sehr kränkend für die beteiligten Institute.

Daher weist man auch darauf hin, dass das Monitoringprogramm nicht nur von der Industrie finanziert sei, sondern die Institute inzwischen auch noch etwa den gleichen Betrag durch Eigenleistung beisteuern.

Nun machen die Institute das nicht in ihrer Freizeit, sondern mit Mitarbeitern und Ressourcen, die eigentlich aus anderen Töpfen und zu anderen Zwecken finanziert werden.

Hier sei die Frage erlaubt welchen Anteil die Institute an den EU-Imkerfördergeldern im Rahmen der EU VO 1221 bekommen und warum dieser nicht an die Imker

geht? Und wenn schon die Imker die volle Einbeziehung der Pflanzenschutzmittel fordern, warum diese Gelder dann nicht dafür ausgegeben werden?

Ein Kunstgriff der Industrie ist, dass die Mittel nicht zu Beginn des Projektes auf einmal gezahlt werden, sondern jährlich abgerechnet wird.

Damit könnte das Projekt jederzeit abgeblasen werden, so etwa auch wenn unerwünschte Ergebnisse zu Tage kommen sollten. Damit ergibt sich bei den beteiligten Instituten ein Interessenkonflikt: bei unerwünschtem Ergebnis ist eventuell das Geld weg. Was hier bleibt ist ein „Geschmäcke“.

Man hält es in den Reihen der Institute auch für normal, dass die nächsten Presseaktionen und Vortragsserien geradezu generalstabsmäßig vorbereitet werden, obwohl bei dem Projekt bisher kaum etwas herausgekommen ist, das einen solchen Rummel rechtfertigen könnte. Man muss aber wohl jedes Jahr eine neue Sau durchs Dorf treiben können, denn so ist die Ablenkung von der ursprünglichen Fragestellung perfekt.

Der Vorwurf an die Institute ist nicht, dass sie Ergebnisse manipulieren, sondern, dass sie sich nicht vehement an die Seite der Imker stellen und fordern, dass ausgewogen in alle Richtungen auch bei PSM untersucht wird.

Die Institute berichten voller Stolz, dass das deutsche Projekt in Europa große Beachtung finde. In Frankreich mit den dortigen Imkerverbänden sei so etwas nicht möglich, würden Kollegen aus den anderen Ländern sagen.

Aus unseren Gesprächen mit den

französischen Imkern wissen wir aber, wie das Monitoring dort tatsächlich gesehen wird. Bei einem Treffen verschiedener europäischer Imkerverbände in Paris zum Thema Pflanzenschutzmittel, das die COPA verhindern wollte, wurde uns von unseren Kollegen höflich aber deutlich gesagt:

„Nur in Deutschland sind die Imkerverbände naiv genug, sich für diese PR-Strategie der Industrie herzugeben. Ihr macht euch damit nicht nur lächerlich. Ihr schwächt auch die Position der Imker in den anderen EU-Ländern.“

Die Sorgen unserer europäischen Kollegen sind berechtigt. Die Europäisierung des deutschen Bienenmonitorings wird bereits vorangetrieben, denn die Ergebnisse dieses Projekts sollen auch dazu verwendet werden, die Pflanzenschutzmittel in anderen Ländern aus der Schusslinie zu bekommen. Wir erweisen unseren europäischen Imkerkollegen einen Bärendienst, wenn wir uns als Feigenblatt für ein Projekt hergeben, bei dem eine unabhängige ergebnisoffene Forschung von seiner Struktur her nicht garantiert ist.

Natürlich sollten wir Imker daran interessiert sein, dass ein echtes Monitoring statt findet. Die Initiative dafür ging, wie oben erwähnt, eigentlich von unserem Verband aus. Wir müssen uns weiter für ein Projekt stark machen, das ausschließlich mit öffentlichen Mitteln so finanziert wird, dass glaubwürdige Ergebnisse möglich sind. Wir müssen dafür sorgen, dass die Bieneninstitute aus diesem schlimmen Interessen-



Bienenmonitoring 2004

... die Sau durchs Dorf treiben...



Bienenmonitoring 2005



Bienenmonitoring 2006

konflikt befreit werden und unabhängig arbeiten können.

Unser Ziel ist es nicht, dieses oder jenes Pflanzenschutzmittel verboten zu bekommen. Unser Ziel muss es sein, zu lernen, was wir selbst in unserer Betriebsweise besser machen können und was diejenigen, die die Kulturlandschaft, in der unsere Bienen leben und überleben sollen, besser machen können, damit die vielen Faktoren, die unsere Bienen immer mehr schwächen, Schritt für Schritt positiv verändert werden können.

Dazu gehört nicht nur aber auch eine tief greifende Reform der Zulassungsverfahren von Pflanzenschutzmitteln.

Das deutsche Bienenmonitoring in der jetzigen Form bringt uns auf diesem Wege nicht weiter, sondern ist dazu angelegt uns auszubremsen. Wir haben es uns zwei Jahre lang angeschaut. Viele Mitglieder unseres Verbandes waren daran beteiligt. Wir haben guten Willen gezeigt und einen großen Vertrauensvorschuss gegeben, indem wir trotz erheblicher Zweifel unsere Mitglieder zum Mitmachen aufgefordert haben. Was wir uns vielleicht selber vorwerfen können ist, so lange gewartet zu haben bis wir in dieser Weise unseren Standpunkt Nachdruck verleihen.

Leider ist es uns nicht gelungen, den überwältigenden Einfluss der Industrie in vertretbaren Grenzen zu halten. Im Interesse aller Imker müssen wir daher unseren Mitgliedern empfehlen, ihre Mitarbeit bei diesem Projekt einzustellen, falls unsere seit langem bekannten Forderungen nicht endlich umgesetzt werden.

Hier also noch einmal unser Forderungskatalog:

1. Bei der Ursachenforschung sind alle möglichen Faktoren gleich zu behandeln. Wenn wir Imker etwas falsch machen, wollen wir das wissen, damit wir unsere Betriebsweise verbessern können. Wenn es

neue Krankheitserreger gibt, wollen wir sie finden und zu kontrollieren lernen.

Wenn Pflanzenschutzmittel unsere Bienen schwächen, wollen wir dies wissen und mit der Industrie, dem Bauernverband und den Behörden eine Strategie zur Schadensminimierung entwickeln. Wir sind uns dabei bewusst, dass Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft benötigt werden, weisen aber auch darauf hin, dass die ökologische Landwirtschaft zeigt, dass der Ansatz der chemischen Industrie nicht immer alternativlos ist.

2. Wenn es bei Bienenkrankheiten für sinnvoll erachtet wird, routinemäßig den Erregerdruck für das ganze Spektrum möglicher Krankheiten zu erfassen, dann hat dies auch für die Präsenz der wichtigsten Pflanzenschutzmittel zu geschehen.

3. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten haben gezeigt, dass eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Bienen bereits lange vor dem Tod der adulten Bienen eintritt. Ein Bienenvolk mit desorientierten Flugbienen ist in überlebenswichtigen Funktionen gestört. Die subletale Wirkung ist bereits bei Konzentrationen zu beobachten, bei denen das entsprechende Pflanzenschutzmittel zwar nachweisbar, aber nicht quantifizierbar ist. Bei den von Bayer durchgeführten Untersuchungen wurden Ergebnisse unter der Quantifizierungsgrenze nicht berücksichtigt. Es sind aber alle Ergebnisse, bei denen das Vorhandensein bestimmter Pflanzenschutzmittel nachgewiesen werden kann, bei der Ursachenforschung berücksichtigt werden.

4. Die Untersuchungen haben mit den Analysemethoden zu erfolgen, die heute die niedrigsten möglichen Nachweis- und Quantifizierungsgrenzen haben.

5. Hersteller von Pflanzenschutzmitteln haben einen Interessenkonflikt und dürfen daher nicht wie ein unabhängiges Untersuchungslabor angesehen werden. Im Monitoringprojekt müssen ausreichend Mittel bereitgestellt werden, um Untersuchungen auf Pflanzenschutzmittel durch ein unabhängiges Labor unseres Vertrauens durchführen zu lassen.

6. Bei der Untersuchung der Völker ist auch das landwirtschaftliche Umfeld nach der Art der Kulturen und verwendeten Pflanzenschutzmassnahmen zu erheben.

7. Transparenz: Ein abgestimmter Bericht ist im Internet und der Fachpresse zu veröffentlichen. Eine darüber hinaus gehende offensive PR-Kampagne ist nur dann sinnvoll, wenn es gilt Ergebnisse zu kommunizieren, die in der Breite praktisch umgesetzt werden können. Dies war in der Vergangenheit nicht der Fall.

8. Die Tatsache, dass dieses Projekt durchgeführt wird, darf nicht zur verzögerten Umsetzung bereits bekannter Verbesserungsmöglichkeiten führen. Wenn, wie die Industrie gerne feststellt, die Varroa die Hauptursache für das Bienensterben ist, dann ist es unverständlich, warum:

a) wir keine Unterstützung bei der Zulassung von 85%iger Ameisensäure haben,

b) nach langem Ringen mit erheblicher Verspätung nur eine Methode der Oxalsäurebehandlung erlaubt ist,

c) immer noch der Einsatz von Varroaziden mit Rückstandsproblematik und Resistenzbildung gefördert wird,

d) bürokratische Auswüchse bei der Anwendung des europäischen Tierarzneimittelrechts auf die Imkerei nicht verhindert werden,

e) die Schulung der Imker durch

die Fachberater sich auf veraltete Methoden beschränken muss, weil für die anderen die Zulassung fehlt.

Wenn die Industrie wirklich davon überzeugt ist, dass es sich hier um ein Varroa-Problem handelt, wäre es doch ratsam sich in der Frage der Varroabekämpfungsmittel im Sinne der Imker zu verwenden.

Auch in der Frage der Methodik bei den Untersuchungen auf Bienengefährlichkeit für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hat es keine Fortschritte gegeben. Die Statistiken der BBA über das Ausmaß von Bienenschäden in Deutschland scheinen nur deshalb zu sinken, weil die Dunkelziffer wächst.

Der amerikanische Sozialkritiker Upton Sinclair schrieb einmal Zitat:

„Es ist schwierig einen Menschen dazu zu bringen, eine Sache zu verstehen, wenn sein Gehalt davon abhängt, dass er sie nicht versteht.“

Wie gesagt, die oben genannten Forderungen sind für die Organisatoren des Monitoringprojektes sicher nicht neu. Leider wurden die letzten zwei Jahre nicht genutzt, um sich Vertrauen in der Imkerschaft zu erarbeiten. Gleichzeitig wurde bei den Fragen, die uns wirklich beschäftigen, viel Zeit verloren und Gelder

in das Bienenmonitoring umgeleitet. Wir empfehlen daher es mit Erich Kästner zu halten:

*"Was immer auch geschieht:
Nie sollt Ihr so tief sinken, von dem
Kakao, durch den man Euch zieht,
auch noch zu trinken!"*

Neue Mehrwertsteuer für Imker ab 2007

Unser Imker-Kollege, Herr Stohn, hat am 23.11.2006 persönlich per Telefon diese Auskunft vom Bundes Finanzministerium erhalten: Anstelle des bisherigen Umsatzsteuersatzes von 9% für die Imkereiprodukte Honig, Bienenwachs und Blütenpollen, gilt ab 1. Januar 2007 der neue Umsatzsteuersatz von 10,7%. Dieser Steuersatz darf vom Imker beim Verkauf auf den Rechnungen ausgewiesen werden. Die Rechnung muss gemäß § 14 Abs. 4 UStG folgende Angaben beinhalten:

- ✓ Vollständiger Name und Anschrift des Imkers und des Empfängers (Kunden)
- ✓ Die Steuernummer oder Umsatzidentifikationsnummer (UID)
- ✓ Ausstellungsdatum
- ✓ Fortlaufende Rechnungsnummer
- ✓ Nach Steuersätzen aufgeschlüsselte Beträge: 10,7% bei Honig, Wachs und Pollen, 19% bei Met, Kerzen etc.

Hier haben wir nochmals alle alten bzw. neuen Steuersätze, gültig ab 1. Januar 2007 aufgelistet:

- ✓ 7% dieser Steuersatz bleibt gleich
- ✓ 5% - **5,5%** neu ab 2007
- ✓ 9% - **10,7%** neu ab 2007
- ✓ 16% - **19%** neu ab 2007

SPD: Gentechnikfreien Anbau schützen

Herkömmliche Landwirtschaft soll vor Kosten für Tests bewahrt werden Pressemeldung

Berlin. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert von Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU), ins neue Gentechnikgesetz besondere Schutzklauseln für die gentechnikfreie Landwirtschaft aufzunehmen. „Wir müssen die Koexistenz wirksam sichern. Wer auf herkömmliche Art und Weise anbaut, darf nicht auch noch dafür bezahlen müssen, dass er nachweist, dass seine Ernte gentechnikfrei ist“, erklärte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber gestern im Gespräch mit der Passauer Neuen Presse. Eine entsprechende Regelung sei von Seehofer bei der Novelle des Gentechnikgesetzes bisher nicht vorgesehen.

„Je mehr gentechnisch veränderte Pflanzen zugelassen werden und je stärker der Markt den Nachweis verlangt, dass Produkte gentechnikfrei sind, desto häufiger muss getestet werden. Die Kostenverantwortung dafür darf nicht auf die Landwirte abgewälzt werden, die keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen“, sagte Kelber. Erforderlich sei zudem eine gesetzliche Vorschrift, Referenzmaterial für Tests zur Verfügung zu stellen. „Nur so kann schnell ermittelt werden, ob Pflanzen auf anderen Feldern mit gentechnisch verändertem Erbgut verunreinigt worden sind“, so der SPD-Politiker weiter. Für konventionelles Saatgut müsse hinsichtlich möglicher Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Organismen ein Schwellenwert „knapp oberhalb der Nachweishgrenze“ gelten.

Kelber verlangte zudem ein rechtliches Instrumentarium dafür, dass sich Gebietskörperschaften verbindlich zu gentechnikfreien Zonen erklären könnten. Für eine entsprechende europarechtliche Regelung solle sich Seehofer mit seinen Amtskollegen einsetzen.